



Protokoll der 21. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. August 2010, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Markus Meyer, Daniel Spinnler, Peter Stengle, Matthias Zimmermann

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliche Motion von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend Poststrasse <i>://: Überweisung von Postulat (vormals Motion) an Stadtrat.</i>	2010/132
2. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2010 <i>://: Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.</i>	-
3. Wahl von Mitgliedern in die neue ständige Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) für restliche Amtsperiode bis 30.06.2012 <i>://: Wahl GOR-Mitglieder gemäss Vorschlägen der Fraktionen.</i>	2010/123
4. Ersatzwahl von einem Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates inkl. Kreisschulrat für die restliche Amtsperiode vom 09.08.2010 – 31.07.2012 <i>://: Wahl von Frau Denise Meyer als Nachfolgerin von Herrn Daniel Jurt.</i>	2010/124
5. Instandsetzung Strassenbeläge, ausserordentliche Aufwendungen 2010 <i>://: Überweisung an BPK zur Vorberatung.</i>	2010/125
6. Wasserversorgung, Sanierung Stufenpumpwerk Burg <i>://: Überweisung an BPK zur Vorberatung.</i>	2010/126
7. Abschreibung von Motionen und Postulaten <i>Beschlussfassung über Abschreibung bzw. Nicht-Abschreibung von 17 Motionen und Postulaten.</i>	2010/127
8. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Finanzierungsbeitrag der Stadt Liestal an die Gartenbadsanierung der Sport- und Volksbad Gitterli AG <i>://: Genehmigung eines Kredites bzw. eines Gemeindebeitrages von CHF 1'050'000 für Gartenbadsanierung.</i>	2010/106 2010/106a
9. Bericht des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Projekt- und Kreditgenehmigung für Bushaltestelle Wasserturmplatz <i>://: Genehmigung von Projekt sowie eines Kredites von CHF 650'000 für neue Bushaltestelle Wasserturmplatz.</i>	2010/117 2010/117b

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 10. | Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation von Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Kostenentwicklung im Bereich Sicherheit
<i>vertagt</i> | 2010/113
2010/113a |
| 11. | Antwort Stadtrat zur Interpellation „2000 Watt Gesellschaft für Liestal“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion
<i>vertagt</i> | 2010/119 |
| 12. | Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Wasserversorgung in Liestal
<i>vertagt</i> | 2010/120
2010/120a |
| 13. | Motion „Langfristige Planung der Stadt Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>vertagt</i> | 2010/121 |
| 14. | Fragestunde | - |

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) begrüsst die Anwesenden zur ersten ordentlichen Einwohnerratssitzung im neuen Amtsjahr.

In seiner Antrittsrede richtet Jürg Holinger (GL) folgende Worte an die Anwesenden:

„Es ist so Brauch, dass der neue Präsident an der ersten Sitzung des Amtsjahres ein paar persönliche Worte vorausschickt. Ich mache das gerne und möchte einige ganz persönliche Gedanken zu einem Satz formulieren, welchen ich in der Einleitung des Entwicklungsplanes 2010 – 2014 gefunden habe: *Der Standort Liestal richtet sich nach dem Leitsatz „Mein Liestal - mitten drin“. Dabei steht „mein Liestal“ für Identität. Die Einwohnerinnen und Einwohner stellen dadurch einen Bezug her zu den bestehenden und zu optimierenden Vorzügen ihres persönlichen Liestals.*

„Mein Liestal mitten drin“: Was bedeutet das für mich als Liestaler Urgestein, wie mich Erika Eichenberger an der letzten Sitzung vorgestellt hat? Was bedeutet für mich in diesem Zusammenhang Identität, welche Vorzüge sehe ich an Liestal und wie steht es mit der Offenheit von uns Liestalern? Zuerst bin ich dem Begriff Identität nachgegangen. Wie es heute üblich ist, schaut man, wenn man einen Begriff definieren will, bei Wikipedia nach. Ich habe dort den folgenden Satz gefunden: *Beim Menschen bezeichnet Identität die ihn kennzeichnende und als Individuum von anderen Menschen unterscheidende Eigentümlichkeit seines Wesens.*

Was unterscheidet uns Liestaler also von andern Kleinstadtbewohnern? Bei dieser Gelegenheit habe ich mich an abfällige Bemerkungen erinnert, welche neu zugezogene Einwohner von Liestal über den angeblich rückständigen Liestaler-Einheimischenfilz gemacht haben. Als ich dann bei Wikipedia auch noch den nächsten Absatz gelesen habe, hat mich der letzte Satz doch ziemlich betroffen gemacht: *Übersteigerte Formen dieser Identifikation ist der Lokalpatriotismus.* Ich habe mir die Frage gestellt: Sind wir Liestaler wirklich übersteigerte Lokalpatrioten und haben diese Neuzuzüger doch Recht? Ist das denn die Identität, die der Verfasser von diesem einleitend erwähnten Satz gemeint hat? Das war die Ausgangslage, als ich bei ein paar Opinion-Leaders aus meinem weiteren Umfeld das Gespräch und ihre Meinung gesucht habe. Bei diesen Gesprächen ist es dann aufwärts gegangen mit meiner Stimmung, denn wir haben nicht mehr von Lokalpatriotismus gesprochen, sondern uns mit der Frage befasst: Was gefällt den Leuten, dass sie so zahlreich nach Liestal ziehen? Oder moderner ausgedrückt: Was sind die Identifikationsmerkmale von Liestal? Oder um auf den zweiten Begriff des einleitenden Satzes hinzuweisen: Was sind die Vorzüge von Liestal? Da sind dann Eigenschaften wie überschaubare Kleinstadt, man kennt einander ohne sich zu nahe zu kommen, gute Schulen, gute Anbindung an den ÖV, lebhaftes Brauchtum, schöne Altstadt usw. erwähnt worden. Natürlich kommt man beim Brauchtum auch auf den Banntag. Eine Gesprächspartnerin hatte diesen als Akt der Männerkultur bezeichnet, oder ein Männerritual, um es etwas moderner auszudrücken. Und dieses Männerritual hat durchaus seine Berechtigung.

Es ist mir aber klar, wenn es einen rückständigen Liestaler Filz gibt, wie es die Neuzuzüger manchmal behaupten, dass dieser dann im Umfeld von den Banntag idealisierenden Lokalpatrioten zu finden wäre. Dort ist es dann notwendig, dass man über den dritten Begriff aus dem einleitenden Satz, nämlich der Offenheit, redet. Wenn man, um bei der Sprache des Banntags zu bleiben, auf einem Grenzstein steht, kann man einerseits nach aussen, aber ebenso nach innen schauen. Der Blick nach aussen soll uns zur Offenheit für neue Ideen verhelfen und meiner persönlichen Überzeugung nach den Blick für die Umweltproblematik schärfen. Der Blick nach innen soll uns zu einer Offenheit unter einander verhelfen. Ich denke dabei an das Verhältnis zwischen der Einwohner- und der Bürgergemeinde, aber auch an das Verhältnis zwischen den Alteingesessenen und den Neuzuzügern.

Wenn ich jetzt einige Male über den Liestaler-Filz geredet habe, so möchte ich diesen Ausdruck an dieser Stelle beerdigen. Beerdigen in der Hoffnung, dass er durch den Ausdruck Netzwerk ersetzt werden kann.

Liebe Liestaler-Ureinwohner und liebe Liestaler-Neuzuzüger.

Betrachtet die in Liestal wie in vielen Kleinstädten vorhandenen Strukturen als ein Netz mit der Chance, dass sich alle darin verknüpfen können. Ich wünsche mir, dass diejenigen, die schon im Netz verwoben sind, Anknüpfungspunkte bieten für Leute, welche sich in diesem Netz verknüpfen möchten. Dazu braucht es den Willen und die Bereitschaft von beiden Seiten.

Zum Schluss noch ein Bereich, welcher für mein persönliches Liestal ein wichtiger Pluspunkt oder eben ein Identifikationsmerkmal ist. Das ist die Kultur. Und dabei denke ich einerseits an das reichhaltige Kulturangebot vom Dichter- über das Kantonsmuseum, von den Baselieler- zu den Kinderkonzerten, an die Kulturscheune und noch vieles mehr.

Ganz speziell möchte ich auf eine Kultur eintreten, welche mich seit sieben Jahren beeindruckt und um welche es, wie ich gehört habe, nicht immer so gut bestellt war. Es ist die gute Gesprächskultur, die wir in diesem Rat pflegen. Ich hoffe und erwarte ganz fest, dass unsere gute Gesprächskultur auch dem Sturm standhalten, welcher im Verlauf der heutigen Sitzung durch die Bäume der Poststrasse fegen wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und erkläre die Sitzung somit als eröffnet.“

* * * * *

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert kurz über einige Punkte aus dem Ratsbüro:

- Vize-Präsidium: Stellvertretend für den entschuldigten Markus Meyer wird Büromitglied Philipp Senn (SP) als Vize-Präsident an der heutigen Ratssitzung amten.
- Interfraktionelle einwohnerrätliche Integrationsgruppe: Die Mitglieder der ER-Integrationsgruppe treffen sich in der Pause kurz zu einer Besprechung, damit diese die Einberufung einer nächsten Sitzung besprechen und terminieren kann.
- Berichterstattungen ER-Fraktionen im „Liestal aktuell“: Die Fraktionen sind gebeten, zum stadträtlichen Schreiben vom 26. Mai 2010 bis zur nächsten Bürositzung vom 16. September 2010 Stellung zu nehmen.
- Entwicklungsplan 2011-2015: Der EP 2011-2015 (Vorlage Nr. 2010/112-1) ist vom Büro am 19. August 2010 an die BPK und an die FIKO zur Vorberatung überwiesen worden. Der Entwicklungsplan wird am Schluss der heutigen Sitzung den Ratsmitgliedern verteilt.
- Kürzel von ER-Kommissionen: Die Ratsmitglieder werden gebeten, künftig nur noch die Kürzel für die einwohnerrätlichen Kommissionen in Grosschrift gemäss neuem ER-Geschäftsreglement zu verwenden.
- Einwohnerratssitzung vom 27.10.2010: Die übernächste ER-Sitzung vom 27. Oktober 2010 ist als „Einschaltsitzung“ terminiert. Im Zusammenhang mit der Einladung für die nächste ER-Sitzung vom 22.09.2010 wird entschieden, ob die Oktober-Sitzung mangels spruchreifer Geschäfte eventuell abgesagt wird.

- Tischpapiere: Den Ratsmitgliedern sind folgende Dokumente als Tischpapiere vorgängig der heutigen Ratssitzung verteilt worden:
 - Adressverzeichnis und Kommissionsverzeichnis ER, Fassung vom 01.07.2010
 - Sitzplan ER im Landratssal, Fassung vom 17.08.2010
 - Geschäftsreglement für den Einwohnerrat vom 23.06.2010
 - Flyer/Einladung Weltküche-Anlass vom 04.09.2010
 - Elterinformation abc vom August 2010
 - Neue persönliche Vorstösse Nr. 2010/128 – Nr. 2010/133

Ferner können beim Eingang in den LR-Saal die Formulare „Jahresplan 2011“ und „Detail-Terminplan 2011“ bezogen bzw. die beiden Rechtserlasse „Gemeindegesetz“ (SGS 180) sowie „Gesetze über die politischen Rechte“ (SGS 120) bestellt werden.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt auf Wunsch verschiedener Einwohnerratsmitglieder ergänzend zur Medienmitteilung vom 24.06.2010 noch einige Zusatzinformationen zur Person des neugewählten Stadtverwalters Benedikt Binzer ab. Herr Binzer wird am 1. November 2010 die Stelle antreten und sich an einer nächsten Einwohnerratssitzung noch persönlich vorstellen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass im Film „Jung und jensch“ des Schweizer Fernsehens auch über den Fahrenden-Platz in Liestal berichtet wird. Liestal soll gesamtschweizerisch den beliebtesten Platz besitzen. Der Film wird vom Sender SF 1 am 13. September 2010 nach „10 vor 10“ ausgestrahlt.

Stadträtin Marion Schafroth informiert über die Trinkwasserverschmutzung von letzter Woche in Hölstein bzw. die Wasserqualität Helgenweid: Die vom Gemeinderat Hölstein angeordneten Massnahmen betreffend der Trinkwasserverschmutzung in Hölstein sind zwischenzeitlich aufgehoben worden. Liestal hatte keine Medienmitteilung verschickt, da man absolut sicher war, dass Liestal von den Wasserqualitätsproblemen nicht betroffen ist. Die beiden Trinkwasserversorgungsnetze von Hölstein und Liestal hängen nicht zusammen, da das Wasser von getrennten Quellen gefasst wird. Die laufend vorgenommenen Trinkwasserproben in Liestal waren immer einwandfrei und hatten nie Anlass zu einer Gefährdungsmeldung gegeben.

Stadtrat Peter Rohrbach weist auf die wichtigsten Inhalte des Entwicklungsplanes 2011-2015 hin und erörtert die wichtigsten Inhalte und Teilbereiche betreffend den Zielsetzungen sowie Massnahmen des EP 2011-2015, die strategisch wichtigsten Teilbereiche und Themen, dem Abbau des Nachholbedarfs bei der Instandsetzung der Gebäude in den Jahren 2011 – 2023 sowie den Finanzstrategien.

Stimmenzähler/innen, Wahlbüro

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- Raissa Bonjour	1: Seite FDP
- Michael Bischof	2: Mitte
- Sabine Sutter	3: Seite SP, Grüne
- Vreni Wunderlin	4: Büro

Neu werden die Stimmenzähler einzeln vom Vizepräsidium zur Bekanntgabe der gezählten Stimmen aufgerufen.

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion und Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend „Mittelfristiges Wasserversorgungskonzept mit Variantenabklärung“ (Nr. 2010/128)
- Interpellation von Vreni Wunderlin namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „Verbesserung von Sicherheit und Attraktivität der Fusswege“ (Nr. 2010/129)
- Interpellation von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend „Belagsschäden Allee-Platz“ (Nr. 2010/130)
- Interpellation von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion betreffend „Auswirkungen des Verkaufs der bekab AG auf Manor-Projekt“ (Nr. 2010/131)
- Dringliche Motion von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend „Poststrasse“ (Nr. 2010/132)
- Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend „Verrechnung der Nebenkosten für Turnhallenbenützung“ (Nr. 2010/133)

Die Behandlung der dringlichen Motion „Postrasse“ (Nr. 2010/132) wird im Zusammenhang mit der Bereinigung der Traktandenliste thematisiert.

Traktandenliste

- **Motion „Bäume auf Wasserturmplatz sistieren“ (Nr. 2010/122)**

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert darüber, dass der Vorstoss von Motionärin Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion mit E-Mail vom 08. August 2010 zurückgezogen wurde.

- **Interpellation „2000 Watt Gesellschaft für Liestal“ (Nr. 2010/119)**

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass vom Interpellanten Matthias Zimmermann (SP) wegen seiner Abwesenheit an der heutigen Sitzung die Vertagung des Geschäfts beziehungsweise die Absetzung von der Traktandenliste gewünscht wurde.

Der Vorsitzende kann feststellen, dass zum Antrag des Büros für eine Vertagung des Geschäfts keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Büros für die Vertagung des Geschäfts wird einstimmig zugestimmt.

- **Dringliche Motion „Poststrasse“ (Nr. 2010/132)**

Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass sich die SVP-Fraktion damit einverstanden erklären kann, dass die Motion neu in ein Postulat umgewandelt wird.

Die Ratsmitglieder werden vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, dass der Vorstoss von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend „Poststrasse“ den Ratsmitgliedern als Tischpapier verteilt wurde. Für eine sofortige Behandlung des dringlichen Vorstosses an der heutigen Sitzung bedarf es einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Einwohner-ratsmitglieder.

Beat Gränicher (SVP) begründet die Dringlichkeit des Vorstosses damit, dass man als Einwohnerrat tagtäglich betreffend der Geschehnisse im Zusammenhang mit der Poststrasse angesprochen werde. Am 13. September 2010 soll der Wasserturmplatz gemäss Medienmitteilung fertig erstellt sein und der Verkehr über die Poststrasse wird über den Wasserturmplatz geführt. Mit Inkrafttreten des neuen Fahrplanes im Dezember 2010 sollen die Busse die Poststrasse im Gegenverkehr befahren. Aktuell ist beispielsweise das Kreuzen eines Velofahrers und eines Busses in der Poststrasse auf Höhe des Geschäfts „Visam-Sport“ nicht möglich. Die wesentlichen Punkte der Dringlichkeit sind im Vorstoss erwähnt. Sollte der Stadtrat im Zusammenhang mit der Beratung des vorliegenden Vorstosses sowie der anschliessenden Fragestunde befriedigende Antworten geben und Lösungsansätze aufzeigen können, so würde die SVP-Fraktion den Vorstoss auch wieder zurückziehen. Ganz allgemein sollte man darum bemüht sein, dass künftig Liestal vermehrt mit positiven Meldungen in der Presse und den Medien erwähnt würde.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, auch der Stadtrat unterstütze die Dringlichkeit des Vorstosses.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass betreffend der Dringlichkeit des Vorstosses keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Dringlichkeit des Postulates „Poststrasse“ (Nr. 2010/132) erklärt.

180 0.01.011.01 Einwohnerrat

**1. Dringliches Postulat (ehemalige Motion) betreffend „Poststrasse“
von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion (Nr. 2010/132)**

Die Vorlage Nr. 2010/132 hat folgenden Wortlaut:

*Beat Gränicher
namens der SVP-Fraktion*

23. August 2010

Dringliche Motion betr. Poststrasse

Die Sanierung der Poststrasse entwickelt sich für Liestal mehr und mehr zu einer Lachnummer. Abmachungen zwischen Kanton und Stadt werden getroffen, dann wieder ignoriert. Bäume werden gesetzt, dann wieder entfernt oder versetzt. Einmal heisst es, die Busse können kreuzen, dann wieder nicht. Es liegt auf der Hand, dass hier in Sachen Koordination einiges nicht stimmt, und dass mit massiven Mehrkosten zu rechnen ist. Wer diese schlussendlich trägt, ist sekundär, denn wir sind Steuerzahler sowohl der Stadt als auch des Kantons.

Die neueste Variante, die ins Spiel gebracht wird, ist das Installieren einer Lichtsignalanlage. Die Medienmitteilung der Stadt vom 20. August 2010 hat nicht die allseits gewünschte Klärung und Transparenz gebracht, so dass nun ein radikaler Schluss-Strich unter diese unschöne Sache gezogen werden muss, und zwar mit möglichst geringem Kostenaufwand.

Wir stellen deshalb folgende Anträge:

- 1. Damit die Busse in der Poststrasse möglichst ungehindert in beiden Richtungen zirkulieren können, sind sofort alle Bäume zu entfernen. Allenfalls sind auch Korrekturen bezüglich der Beleuchtungskandelabern vorzunehmen.*
- 2. Auf die Installation einer Lichtsignal-Anlage ist zu verzichten. Zur Verbesserung der Situation in der Kurve beim Schwieri-Bahnübergang ist höchstens ein Spiegel anzubringen.*
- 3. Die GPK des Einwohnerrates ist zu beauftragen, zu untersuchen, wer die Schuld an diesen Missständen trägt und wer zur Übernahme der Mehrkosten herangezogen werden kann.*

*Namens der SVP-Fraktion
sig. Beat Gränicher*

* * * * *

Beat Gränicher (SVP) erklärt, er habe zum Vorstoss grundsätzlich keine Ergänzungen mehr anzubringen. Von seinem Fraktionskollegen Paul Pfaff ist ein Plan ausgearbeitet worden, auf welchem mögliche Lösungsansätze einfach aufskizziert sind. Dieser könnte dem Einwohnerat zur Verfügung gestellt werden. Beim Vorstoss geht es nicht darum, an der heutigen Sitzung Schuldige zu bestimmen. Vielmehr sollen raschmöglichst Massnahmen zur Bereinigung der leidigen Situation thematisiert werden.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat zu übernehmen. Persönlich finde er das Passierte auch einen Witz und eine Schande. Ihm selbst stinke das Ganze auch, ist doch einiges im Zusammenhang mit der Poststrasse nicht gut gelaufen. Zu den im Vorstoss der SVP-Fraktion formulierten Anträgen und zur Sache kann er wie folgt Stellung nehmen:

Antrag 1: Mit der beantragten Entfernung sämtlicher Bäume wird de facto eine Projektänderung gewünscht, waren doch die Bäume und Kandelaber integrierende Bestandteile der beschlossenen Pläne und Kredite. Sollten die geplanten Bäume tatsächlich nicht in der Poststrasse zu stehen kommen, so müsste dies basierend auf einer neuen Einwohnerratsvorlage neu beraten und beschlossen werden.

Antrag 2: Der Verzicht auf die Installation einer Lichtsignalanlage kann hingegen nicht vom Einwohnerrat als Projektänderung beschlossen werden, da diese kein Bestandteil der genehmigten Kredite und Pläne war. Noch vor einem halben Jahr war der Stadt bestätigt worden, dass ein Spiegel sowie der Funkverkehr zwischen den Bussen längst reichen würden. Nach den zweiten Fahrversuchen im Juni 2010 wurde als Novum die Montage einer Lichtsignalanlage verlangt. Während der laufenden Bauarbeiten wurde vom Stadtbauamt umgehend veranlasst, dass Leerrohre für die spätere Montage einer Lichtsignalanlage eingelegt wurden. Die zusätzlichen Kosten von rund CHF 70'000 wurden deshalb bereits in das Projekt mit einbezogen. Trotz früherer Gutachten von Verkehrsingenieuren ist die Lichtsignalanlage nach neuesten Erkenntnissen unbedingt notwendig, ansonsten der Verkehr nicht geregelt werden könnte.

Antrag 3: Der Antrag beziehungsweise die Absicht für weitere Abklärungen der GPK betreffend dem Poststrassen-Projekt wird begrüsst. Der Stadtrat hatte mit der Medienmitteilung vom 20. August 2010 bereits klaren Wein eingeschenkt. Bei einem Treffen mit Regierungsrat Jörg Krähenbühl vom vorletzten Dienstagabend sind Kanton und Stadt übereingekommen, dass weitere rechtliche Abklärungen nötig sind, da eine Rechtsunsicherheit besteht. Insofern auch deshalb, weil vom Kanton der öffentliche Verkehr von den Gemeinden übernommen wurde und deshalb auch die Kostentragung der zusätzlich anfallenden Kosten für die Lichtsignalanlage nicht geregelt ist. Mit den weiteren rechtlichen Abklärungen muss auch ein Grundsatzentscheid betreffend weiteren Kostenteilungen zwischen den Gemeinden und dem Kanton gefällt werden. Nach einer aktuellen Abschätzung glaubt das Stadtbauamt, dass die Zusatzkosten für die Lichtsignalanlage noch in den Projektkosten Platz haben dürften und dem Einwohnerrat gar kein Zusatzkredit beantragt werden müsste.

Das Versetzen einiger Bäume ist leider nötig. Zu den in der letzten Medienmitteilung gemachten Aussagen könne er aber nach wie vor stehen. Auch der Stadtrat hätte die Medienmitteilung lieber im Juni als erst im August verschickt, hätte dies doch weniger Anlass zu Diskussionen gegeben. Er stehe zu den gemachten Fehlern und übernehme dafür auch die politische Verantwortung betreffend dem Passierten bezüglich dem Strassenprofil und der neu notwendig gewordenen Lichtsignalanlage.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, die Fraktionen können sich nun zur Überweisung des Postulates äussern.

Michael Bischof (FDP) unterstreicht, dass die Poststrasse tatsächlich ein leidiges Thema sei. Eigentlich ist man froh über den eingereichten Vorstoss der SVP-Fraktion. Schade ist es jedoch, dass dieser in ein Postulat umgewandelt wurde, hätte doch eine Motion mehr Druck gemacht und wäre verpflichtender gewesen. Eine Projektänderung betreffend der Bäume macht durchaus Sinn, wenn sich wegen früherer falscher Informationen nachträglich herausstellt, dass das beschlossene Projekt keinen Sinn macht oder man zwischenzeitlich gescheitert wurde. Obwohl sich Verkehrsplaner für die Installation einer Lichtsignalanlage aussprechen, sollte doch zuallererst der Versuch mit einem Spiegel gemacht werden. Sollte der Versuch mit dem Spiegel scheitern, könnte in einem späteren Zeitpunkt die Lichtsignalanlage immer noch erstellt werden. Die FDP-Fraktion hat beschlossen, dass kommissionsintern in der GPK der Antrag gestellt wird, dass sich die GPK selbst den Auftrag für weitere Abklärungen betreffend dem Poststrassen-Projekt gebe. Die GPK muss die verantwortungsvolle Auf-

gabe für weitere Untersuchungen übernehmen, damit die Schuldfrage geklärt werden kann. Dabei soll es nicht alleine um die Projektkosten, sondern schwergewichtig um die politische Verantwortung gehen. Die Zugeständnisse von Stadtrat Ruedi Riesen alleine genügen nicht, denn der Einwohnerrat hat das Recht zu wissen, was bei der Poststrasse falsch gelaufen ist.

Regula Nebiker (SP) bemerkt, die Baum-Diskussionen scheinen kein Ende nehmen zu wollen. Leidig ist vor allem, dass trotz früheren mehrmaligen Nachfragen immer wieder bestätigt wurde, dass der Busverkehr im Gegenverkehr trotz Bäumen usw. möglich sei. Schade und irritierend war, dass man von den laufenden Diskussionen betreffend dem Versetzen der Bäume immer aus der Presse erfahren musste. Störend ist, dass mit dem Vorstoss gleich das Entfernen aller Bäume verlangt wird. Im Zusammenhang mit der Postulatsbeantwortung sollte dieses Begehren nochmals genau geprüft und nicht bereits an der heutigen Sitzung die fertigen Meinungen gemacht werden. Gemäss Medienmitteilung vom 20.08.2010 sollen auf Höhe von Visam-Sport noch Bäume versetzt werden. Sind es nicht die Bäume vor dem Coiffeur-Laden, welche versetzt werden müssen? Dass das Kreuzen von Bussen und Velofahrern auf Höhe von Visam-Sport nicht möglich ist, hat wohl nichts mit den Bäumen, sondern vielmehr mit den Parkplätzen vor dem Sportgeschäft zu tun. Der Vorschlag für weitere Abklärungen durch die GPK kann unterstützt werden.

Martin Spiess (FDP) hält betreffend der Strassenbreite fest, dass bei einer Strassenverbreiterung um 40 cm die Autos und Velofahrer folglich in der Wasserrinne fahren müssten. Mit Blick in die Zukunft betreffend dem Manor-Projekt in der Büchelistrasse und dem Coop-Projekt im Ziegelhofareal dürfte der Busverkehr von Lausen her über die Poststrasse abnehmen, da die Busbenützer wohl eher in der Nähe der neuen Verkaufsgeschäfte eine Bushaltestelle haben möchten.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, seine Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulates an den Stadtrat ebenfalls. Gut ist, dass im Zusammenhang mit dem neuen Vorstoss die Baumfrage nochmals geprüft werden kann. Die von Michael Bischof eingebrachte Idee betreffend dem Spiegel-Versuch ist sicher prüfenswert und praktikabel. Sollten doch tatsächlich Bäume umversetzt werden, so müsste sicher auch das Versetzen der Beleuchtungskandelaber bei einer Projektänderung geprüft werden.

Paul Pfaff (SVP) meint, es dürfe auch die Schneeräumung im Winter nicht vergessen werden. Schneewalmen dürften in der Poststrasse keinen Platz haben, was logischerweise eine Schwarzräumung bedingt. Das Projekt müsste nochmals generell überdenkt werden, ungeachtet der Ästhetik von Bäumen, Kandelabern etc., da der heutige Zustand für immer und ewig problematisch sein wird. Intensiv hatte er sich mit dem Projekt auseinandergesetzt, wobei er sich auf die reine Funktionalität der Poststrasse fokussiert hatte. Es ist zum Ergebnis gekommen, dass die Bäume zu entfernen sind und auch die Kandelaber hinter die Mauer versetzt werden sollten. Die vorstehende Mauer sollte noch um rund 15 cm abgeschnitten werden. Nach diesen Massnahmen ergäbe sich eine optimale Lösung für den Bus-, Auto- und Veloverkehr sowie die Fussgänger, ohne dass beispielsweise die Wasserrinne auch noch verlegt werden müsste. Es ist auch bekannt, dass man beim Fahren entlang von Lärmschutzwänden länger und mehr in die Strassenmitte abweicht, was bei der Poststrasse für den Gegen- und Fussgängerverkehr zusätzliche Gefahren mit sich bringt.

Beat Gränicher (SVP) dankt für die positive Aufnahme des Vorstosses in den Fraktionen. Er hofft, dass damit auch die Chance für eine Imageaufbesserung zu Gunsten Liestals genutzt werden kann.

Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass die Poststrasse rege benutzt wird und er die diskutierte Strasse nach wie vor ein hervorragendes Projekt finde. Man muss sich auch bewusst sein, dass im Bauwesen immer wieder Fehler passieren. Die heutige Diskussion mit Voten für eine generelle Projektüberarbeitung mit Radikallösungen irritiere ihn, weshalb er der Postulatsüberweisung auch nicht zustimmen werde. Es geht in Ordnung, wenn sich die GPK selbst mit weiteren Abklärungen betreffend der Poststrasse beauftragt. Übersteigerte und kopflose Reaktionen dienen nicht der Sache. Auch Behauptungen von Einwohnerratsmitgliedern über die Köpfe von Sachverständigen hinweg, dass beispielsweise ein Spiegel durchaus genügen sollte und auf die Lichtsignalanlage verzichtet werden könne, werden nicht verstanden.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) unterstreicht das Votum von Paul Pfaff betreffend dem Winterdienst und hält ergänzend fest, dass eine Schwarzräumung den Einsatz von Streusalz nötig mache, welches den Bäumen schaden wird. Bäume gehören in den Wald und nicht ins Stedtli. Den Verkehrsplanern soll nicht weiterhin das Vertrauen geschenkt, sondern die Bäume entfernt werden.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, dass Korrekturen nötig sind, ob das Postulat nun überwiesen wird oder nicht. Lösungen müssen in Kürze gefunden werden, da ab Dezember 2010 die Busse im Gegenverkehr die Poststrasse passieren werden. Eine Postulatsbeantwortung kann auch kurzfristig in Aussicht gestellt werden. Auch er selbst ist für Abklärungen durch die GPK dankbar. Er hoffe aber doch, dass dabei der ganze Planungsprozess aufgerollt und nicht einfach nur nach Schuldigen gesucht wird, denn es müssen sachliche Lösungen gefunden werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) merkt betreffend dem Antrag für eine GPK-Auftragserteilung an, dass ein solcher Auftrag ebenso gut mit einem Verfahrenspostulat erteilt werden könnte.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und deshalb über die Überweisung des Postulates Nr. 2010/132 abgestimmt werden kann.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

181 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2010

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass gemäss § 80 des an der letzten Sitzung beschlossenen neuen ER-Geschäftsreglementes die Protokolle der Ratssitzungen neu vom Einwohnerrat zu beschliessen sind. Da keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll vom 23. Juni 2010 beim Büro gemeldet worden sind, beantragt das Büro dem Einwohnerrat die Genehmigung desselben.

://: Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2010 wird einstimmig genehmigt.

182 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wahl von Mitgliedern in die neue ständige Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) für restliche Amtsperiode bis 30.06.2012 (Nr. 2010/123)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) gibt bekannt, dass mit der Genehmigung des neuen Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat an der Sitzung vom 23. Juni 2010 die bisherige Spezialkommission GOR zu einer ständigen Kommission gemäss § 22 des Reglementes geworden ist. Gestützt auf die Nominierungen der Fraktionen werden alle bisherigen Kommissionsmitglieder der GOR für die restliche Amtsdauer bis zum 30. Juni 2012 zur Wahl vorgeschlagen.

Nach Umfrage kann festgestellt werden, dass betreffend der Wahl der vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmitglieder für die GOR keine Wortbegehren angemeldet werden und der Rat dem Vorschlag des Büros für eine offene Abstimmung zustimmt.

://: Gemäss den Vorschlägen der Fraktionen werden einstimmig folgende Ratsmitglieder für die restliche Amtszeit bis zum 30. Juni 2012 in die Kommission GOR gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Walter Leimgruber	(SP)
Elisabeth Spiess	(GL)
John Brunner	(SVP)
Enrico Kiefer	(FDP)
Doris Lagnaz	(CVP/EVP/GLP)
Regula Nebiker	(SP)
Martin Spiess	(FDP)

Ersatzmitglieder:

Raissa Bonjour	(SP)
Hanspeter Meyer	(SVP)
Corinne Ruesch	(GL)
Gerhard Schafroth	(CVP/EVP/GLP)
Sabine Sutter	(FDP)

183 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Ersatzwahl von einem Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates inkl. Kreisschulrat für die restliche Amtsperiode vom 09.08.2010 – 31.07.2012 (Nr. 2010/124)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert, dass Ratsmitglied Hanspeter Meyer (SVP) als Vater der vorgeschlagenen Kandidatin Denise Meyer in den Ausstand tritt, da er als Ratsmitglied bei der Beratung und Beschlussfassung gestützt auf § 8 des ER-Geschäftsreglementes unmittelbar betroffen sei.

Beat Gränicher (SVP) erläutert, Frau Denise Meyer ist 1976 geboren und zusammen mit ihrem Bruder an der Goldbrunnenstrasse in Liestal aufgewachsen. Nach dem Schulbesuch in Liestal hatte sie eine Bürolehre in Muttenz absolviert. Seit vielen Jahren arbeitet sie als kaufmännische Sachbearbeiterin in einer Firma in Itingen. Die Vorgeschlagene ist allein erziehende Mutter eines Bubens. Ihre Hobbies sind die Fasnacht und das Fischen. Sie interessiert sich auch für das kommunale politische Geschehen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) fügt hinzu, es liege nur der Wahlvorschlag der SVP vor. Nach Umfrage kann er feststellen, dass aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung wünscht und deshalb über den Wahlvorschlag offen abgestimmt werden kann.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP Liestal wird Frau Denise Meyer, geb. 1976, Muzachstr. 8, Liestal, einstimmig für die restliche Amtsperiode bis zum 31. Juli 2012 als Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates inkl. Kreisschulrat gewählt.

Der auf der Tribüne sitzenden neu gewählten Denise Meyer wird vom Ratspräsidenten namens des Einwohnerrates zur Wahl gratuliert und ihr alles Gute bei der Ausübung dieses Amtes gewünscht.

184 0.01.011.01 Einwohnerrat

**5. Instandsetzung Strassenbeläge, ausserordentliche Aufwendungen
2010 (Nr. 2010/125)**

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, in der stadträtlichen Vorlage werde verschiedentlich auf die dringliche Behandlung des Geschäfts hingewiesen. Auf Wunsch und Vorschlag des Stadtrates beantragt das Büro die Direktberatung der Vorlage an der heutigen Sitzung.

Stadträtin Martion Schafroth äussert, eine Direktberatung würde den Vorteil mit sich bringen, dass die Ausschreibung sowie die Umsetzung noch vor Wintereinbruch möglich wäre. Die nötigen Angaben für die Entscheidungsfindung sind in der stadträtlichen Vorlage enthalten. Der Grund für die etwas späte Unterbreitung der Vorlage an den Einwohnerrat kann damit begründet werden, dass die Strassennetz-Schäden anfangs 2010 erhoben wurden. Da die budgetierten Sanierungskosten nicht ausreichen, musste vom Stadtrat eine Priorisierung betreffend der Dringlichkeit der Sanierungsarbeiten vorgenommen werden, was vor den Sommerferien nicht mehr möglich gewesen war.

Lorenz Rudin (FDP) erklärt, seine Fraktion stelle den Antrag für eine Überweisung des Geschäfts an die BPK trotz der Dringlichkeit der Sanierungsarbeiten. Zu unklar sind die Unterlagen zum vorliegenden Geschäft, ist doch die Rosenstrasse nirgends im Inventar der Strassenzustandserfassung zu finden. Wann wäre beispielsweise unter normalen Umständen die Sanierung der Rosenstrasse vorgesehen gewesen? Wie sieht beispielsweise das Vorgehen bei denjenigen Strassen aus, welche gemäss Strassenzustandserfassung unter normalen Umständen in ein bis zwei Jahren erneuert werden sollten? Lauern da etwa noch andere Investitionskosten, die dann unter dem Jahr auftauchen? All diese Fragen können aufgrund der vorliegenden Unterlagen nicht beantwortet werden. Hingegen ist ersichtlich, dass rund 13 Mio. Franken für die Strassensanierungen in Liestal notwendig sind. Ebenfalls wird aufgezeigt, dass für den jährlichen Strassenunterhalt rund 200'000 bis 300'000 Franken benötigt werden. Der nun vorliegende Zusatzkredit von 200'000 Franken soll der Investitionsrechnung belastet werden. Unklar ist, welche Beträge für was eingesetzt werden. Was versteht man unter Sanierung, was fällt unter Unterhalt und was versteht man unter Investitionen im Strassenbau? Der BPK wurde gesagt, dass der Kanton die Rosenstrasse noch dieses Jahr als Kantonsstrasse übernehmen möchte. Die Rosenstrasse wird aktuell als kantonale Schwerkverkehrsroutenroute benützt. Ist aufgrund dieser Tatsachen eine Kostenbeteiligung des Kantons zu erwarten? Die Thematisierung solcher Fragen in der BPK würde sicher mehr Klarheiten mit sich bringen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch seine Fraktion unterstütze den Antrag für eine Überweisung an die BPK. Von der BPK sollte wirklich einmal genauer geprüft werden, welche Strassensanierungsarbeiten in der Laufenden Rechnung und welche Arbeiten in der Investitionsrechnung veranschlagt sind. Macht es angesichts der verschiedenen Bauvorhaben rund um den Bahnhof auch tatsächlich Sinn, dass nun die Bahnhofstrasse saniert werden soll oder sollte nicht der Abschluss der bevorstehenden Bauarbeiten abgewartet werden?

Corinne Ruesch (GL) führt aus, auch ihrer Fraktion fehle eine Gesamtübersicht betreffend der anstehenden Sanierungsarbeiten. Weitere Strassenabschnitte wie beispielsweise beim Ziegelhofareal, in der Sichernstrasse etc. sollten ebenfalls saniert werden, doch sind diese ebenfalls im Verzeichnis der Strassenzustandserfassung nicht erwähnt. Eine Überweisung an die BPK mit anschliessender speditiven Behandlung durch die vorberatende Kommission macht Sinn.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, seine Fraktion habe Vertrauen in den Stadtrat und wegen der Dringlichkeit sollte der Kredit noch an der heutigen Sitzung beschlossen werden. Sicher stehen noch einige Fragen unbeantwortet im Raum, doch könnten diese von der BPK auch später noch geklärt werden, wenn diese das Strassenmanagement unter die Lupe nimmt.

Walter Leimgruber (SP) orientiert, auch seine Fraktion spreche sich für eine Direktberatung aus. Das Strassenmanagement hat schon einige Fragen ausgelöst, welche sicher noch zu klären wären. Doch sollte der Einwohnerrat den beantragten Kredit für die beiden Strassen-sanierungen heute bewilligen.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, die aufgeworfenen Fragen verwundern sie nicht und diese müssen sicher noch beantwortet werden. Die veranschlagten Strassensanierungskosten sind unter Punkt 1.2 der Vorlage aufgeführt. Der letzte Abschnitt des erwähnten Berichtspunktes der stadträtlichen Vorlage wird verlesen (Zitat): „*Mit der politisch vorgenommenen Budgetrestriktion können die im Strassenmanagement aufgezeigten notwendigen Sanierungen nicht im erforderlichen Ausmass ausgeführt werden, sondern es erfolgt bewusst eine Konzentration auf das Dringlichste*“. Mit der Vorlage Nr. 2010/125 wird nun ein Kredit für Sofortmassnahmen wie das Flickern von Löchern und Rissen bei der Bahnhofstrasse und Rosenstrasse beantragt. Sollten die Arbeiten nicht mehr dieses Jahr ausgeführt werden können, so würden die Risse und Löcher vor Wintereinbruch nur notdürftig und provisorisch geflickt, was die Reparaturarbeiten im Jahre 2011 verteuern würde, weil diese dieses Jahr nicht richtig gemacht werden können. Die ganzen Fragen und Zusammenhänge betreffend dem Strassenmanagement würden gerne in der BPK erläutert. Mit einer Direktberatung würde dem Stadtrat das Vertrauen geschenkt und dessen Meinung unterstützt, dass die beiden Abschnitte an der Bahnhofstrasse und an der Rosenstrasse nun wirklich dringlich saniert werden sollten. Bei einer Überweisung an die BPK müsste man sich betreffend den Verzögerungen halt arrangieren.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 20 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen wird die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) beschlossen.

185 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Wasserversorgung, Sanierung Stufenpumpwerk Burg (Nr. 2010/126)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohnerrat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) beantragt.

Nach erfolgter Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass zum Antrag des Büros sowie zum Geschäft selber keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat stimmt mit 29 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen dem Antrag des Büros zu, dass die Vorlage Nr. 2010/126 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

186 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Abschreibung von Motionen und Postulaten (Nr. 2010/127)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) führt aus, das Büro schlage dem Rat die Einzelbehandlung aller 17 stadträtlichen Anträge vor. Das heisst, dass über jeden stadträtlichen Antrag auch einzeln abgestimmt wird. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich bei den jeweiligen Vorlagen und stadträtlichen Anträgen nur dann kurz zu äussern, wenn ein Gegenantrag betreffend einer Abschreibung oder einer Nichtabschreibung einer Motion oder eines Postulates gestellt würde.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) stellt den Antrag, dass global über die gesamte Vorlage mit den Einzelanträgen des Stadtrates abgestimmt wird. Damit könnte auf die Beratung mit endlosen Diskussionen und Abstimmungen über jeden einzelnen stadträtlichen Antrag verzichtet werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) äussert, das Büro finde jeden einzelnen stadträtlichen Antrag wichtig genug, dass man diese auch einzeln behandeln sollte. Der Antrag der SVP-Fraktion könnte eventuell effizienter sein, dürfte aber inhaltlich nicht alle befriedigen.

Franz Kaufmann (SP) ruft dazu auf, dem SVP-Antrag nicht Folge zu leisten. In der Sammelvorlage sind Vorstösse versteckt, welche vor mehr als zwei Jahren überwiesen und vom Stadtrat noch nicht beantwortet wurden. Eine globale Abstimmung in einem Aufwisch über 17 Anträge für die Abschreibung bzw. Nichtabschreibung von Vorstössen wäre wohl schon der Gipfel einer politischen Unkultur.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Antrag der SVP keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb über diesen abgestimmt werden kann.

://: Für den Antrag der SVP-Fraktion betreffend einer Gesamtabstimmung über die stadträtliche Vorlage Nr. 2010/127 sprechen sich 11 Ratsmitglieder aus. Grossmehrheitlich stimmen 21 Ratsmitglieder dem Antrag des Büros für eine Detailberatung zu. 3 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

* * * * *

- 1. *Antrag Stadtrat: Die dringliche Motion der FDP-, SP- und SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sanierung des Finanzhaushaltes der Stadt Liestal (Nr. 02/118) wird nicht abgeschrieben.***

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass die Motion Nr. 02/118 nicht abgeschrieben wird.

2. **Antrag Stadtrat: Die Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend der Reklamereglement-Ergänzung (Nr. 2005/46) wird nicht abgeschrieben.**

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass die Motion Nr. 2005/46 nicht abgeschrieben wird.

3. **Antrag Stadtrat: Das Postulat von Hans-Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sauberes Liestal (Nr. 2006/102) wird nicht abgeschrieben.**

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2006/102 nicht abgeschrieben wird.

4. **Antrag Stadtrat: Das Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze (Nr. 2006/121) wird nicht abgeschrieben.**

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2006/121 nicht abgeschrieben wird.

5. **Antrag Stadtrat: Das Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend Sicherheitscheck im öffentlichen Raum – seniorenfreundliches Liestal (Nr. 2007/152) wird nicht abgeschrieben.**

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2007/152 nicht abgeschrieben wird.

6. **Antrag Stadtrat: Das Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/eines Jugendbeauftragten (Nr. 2007/154) wird abgeschrieben.**

Erika Eichenberger (GL) stellt den Antrag, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird, da man mit der stadträtlichen Antwort von 13 Zeilen nicht zufrieden sei. Bereits an der Ratssitzung vom 29. Oktober 2008 ist der stadträtliche Bericht deutlich mit 23 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen an den Stadtrat zurückgewiesen worden, weil schon damals viele Fragen unbeantwortet geblieben sind und auch jetzt keine Strategie erkennbar ist. Insbesondere bleibt immer noch offen, wie dem Bedarf für eine Koordinations- und Fachstelle für Jugendanliegen nachgekommen werden soll. Ihre Fraktion sehe dringenden Handlungsbedarf betreffend der Schaffung einer solchen Stelle, welche beispielsweise auch mit dem Bereich Bildung vernetzt werden sollte. Während sich die Jugendszene auf dem Wasserturmplatz deutlich und wahrnehmbar weiter ausbreiten wird, ist man im politischen Prozess kaum einen Schritt weiter gekommen. Als Mitglied der Jugendkommission kann sie sich nicht

erklären, weshalb der Stadtrat im Amtsbericht 2009 die Aussage mache, dass der Stadtrat wegen fehlender Projekte den Ausbau vom Jugendhaus Joy erneut hinausgeschoben habe. Wie kann der Stadtrat zu einer solchen Schlussfolgerung kommen, wenn doch die Jugendkommission von einem Stadtratsmitglied geleitet wird und die Jugendkommission in mehreren Sitzungen die nötigen Schritte getan hatte, damit das Vorprojekt Joy vom Stadtrat und der Verwaltung hätte vollzogen werden können. Gibt es diesbezüglich ein Kommunikationsproblem im Rathaus? Oder wurden die Prioritäten neu zu Gunsten des Alters gesetzt? Es braucht eine Lobby für Jugendfragen. Ihre Fraktion schlage dem Stadtrat vor, die Möglichkeit zu überprüfen, ob im Bereich Bildung nicht Synergien zu Gunsten der Jugendarbeit genutzt werden könnten. Oder wäre gegebenenfalls der Wechsel des Dossiers vom Bereich Soziales in den Bereich Bildung ein Lösungsansatz? Der Bereich Bildung wäre sicher näher bei der Jugend, würde den Puls der Jugend besser spüren und könnte vom Fachwissen sowie dem Netzwerk profitieren. Spätestens bei der Leitbild-Erarbeitung sollte vom Stadtrat dem Thema Jugendarbeit die gebührende Beachtung geschenkt werden. Man hofft auf einen neuen positiven Schub im Stadtrat mit befriedigender Antwort des Postulates. Und dies sollte passieren, bevor der Jugendkommission auch noch die letzten Mitglieder enttäuscht davon laufen. Sie hofft, dass der Rat ihren Antrag unterstützen werde.

Regula Nebiker (SP) unterstützt das Votum der Vorrednerin. Der stadträtliche Bericht und Antrag in der Sammelvorlage zeigt doch auf, dass ganz einfach der Wille fehle, dass in der Jugendarbeit etwas passiere. Die von der Grünen Fraktion soeben eingebrachten und erwähnten Ideen sowie Empfehlungen sind gut und sollten vom Stadtrat ernsthaft geprüft werden. Die SP-Fraktion wird den Gegenantrag für eine Nichtabschreibung des Postulates unterstützen.

Corinne Ruesch (GL) erklärt als Mitunterzeichnerin des Postulates, dass an der Ratssitzung vom 24. Juni 2009 ebenfalls die Abschreibung von Vorstössen zu Jugendfragen im Zusammenhang mit der letzten Sammelvorlage Nr. 2009/66 diskutiert wurde. Das Postulat Nr. 2044/11 von Regina Vogt und Sabine Sutter betreffend dem Jugendtreffpunkt Joy wurde damals abgeschrieben, weil das Versprechen abgegeben wurde, dass betreffend dem Postulat Nr. 2003/163 etwas gehen werde. Seither ist aber nichts gegangen, weshalb auch der stadträtliche Antrag für eine Abschreibung des Postulates Nr. 2003/163 nicht unterstützt werden sollte.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) informiert, dass auch ihre Fraktion dem stadträtlichen Antrag nicht zustimmen werde.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass das Vorprojekt angelaufen ist und ihr Departement mit dem Stadtbauamt bereits im Gespräch ist. Dem Stadtrat wird das Vorprojekt noch dieses Jahr vorgelegt.

://: Mit 16 Stimmen wird der stadträtliche Antrag für eine Abschreibung des Postulates unterstützt. Mehrheitlich sprechen sich 20 Ratsmitglieder für eine Nichtabschreibung des Postulates aus.

7. Antrag Stadtrat: Das Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt (Nr. 2007/160) wird nicht abgeschrieben.

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2007/160 nicht abgeschrieben wird.

8. Für das Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung (Nr. 2007/162) wird nicht abgeschrieben.

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2007/162 nicht abgeschrieben wird.

9. Antrag Stadtrat: Für das Postulat von Paul Finkbeiner und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend UNI-Campus in Liestal (Nr. 2007/179) wird nicht abgeschrieben.

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2007/179 nicht abgeschrieben wird.

10. Antrag Stadtrat: Das überparteiliche Postulat der Bau- und Planungskommission gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen (Nr. 2007/186) wird abgeschrieben.

Franz Kaufmann (SP) führt aus, dass es sich beim Vorstoss Nr. 2007/186 um ein überparteiliches Postulat der BPK handelt, welches einstimmig an den Stadtrat überwiesen wurde und innert einem halben Jahr von diesem hätte beantwortet werden müssen. Mit ein paar dürftigen Zeilen soll dieses nun in den Papierkorb verschoben werden. Verschiedene Fragen sind noch unbeantwortet und angesichts der bevorstehenden neuen Baustellen dürfte es nicht nur die BPK interessieren, mit welchen Mitteln und mit welchem Gesamtkonzept der Stadtrat neu agieren wird. Ein von allen Fraktionen eingereichter Vorstoss verdient es, dass dieser mit einer separaten Vorlage beantwortet wird. Er stelle deshalb den Antrag, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird.

Michael Bischof (FDP) meint, man sollte in diesem Fall etwas pragmatischer sein. Im Zusammenhang mit dem Wasserturmplatz-Projekt und dem Rosengassen-Projekt hatte der Stadtrat in Zusammenarbeit mit den KMU Liestal mustergültig informiert. Dieser Tatbeweis sei ihm viel wichtiger, als schriftliche Antworten zu Postulaten mit grossen Konzepten. Grosse Konzepte nützen nichts, sondern nur Taten, die tatsächlich erfolgen. Im Zusammenhang mit den vorerwähnten Projekten ist auch Geld, vermutlich aus dem Baubudget, investiert worden. Die getroffenen Massnahmen im Zusammenhang mit den beiden erwähnten Baustellen sind nun der Massstab für Folgeprojekte. Sollte dies nicht der Fall sein, so könnte man nach einer Abschreibung des überparteilichen Postulates wieder mit einem neuen Vorstoss beim Stadtrat vorstellig werden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mehrheitlich wird mit 18 Stimmen der stadträtliche Antrag für eine Abschreibung des Postulates Nr. 2007/186 unterstützt. Für eine Nicht-Abschreibung sprechen sich 17 Ratsmitglieder aus. Ein Ratsmitglied enthält sich seiner Stimme.

11. Antrag Stadtrat: Das Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal (Nr. 2008/194) wird nicht abgeschrieben.

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2008/194 nicht abgeschrieben wird.

12. Antrag Stadtrat: Das Postulat von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neue Bushaltestelle Rosen (Nr. 2008/198) wird abgeschrieben.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) ist als Postulant erfreut darüber, dass auch vom Stadtrat bestätigt wird, dass das Begehren des Postulates ein berechtigtes Anliegen sei. Enttäuschend sind aber die stadträtlichen Argumente zur Ablehnung des Begehrens. Von den angeblichen Verkehrsproblemen in der Rosenstrasse wären nur gerade 2 Busse pro Stunde betroffen. Dies ist doch eine leichte Übertreibung, berücksichtigt man nämlich, dass mittelfristig die H2 ausgebaut und erneuert werden soll. Gar nicht stichhaltig ist das vom Stadtrat aufgeführte Argument betreffend der Haltestelle Kaserne, wird der 78er-Bus wohl auch künftig durch die Kasernenstrasse über den Wasserturmplatz zum Bahnhof fahren. Grundsätzlich sollte die Linie 78 auch in Richtung Liestal über die Rosenstrasse geleitet werden, denn eine Bündelung von 4 Buslinien über die Kasernenstrasse verunmöglicht eine sinnvolle Erschliessung weiterer Quartiere. Ferner stellt sich die Frage, wofür denn überhaupt der Kantinenweg ausgebaut wurde. Die Stadt Liestal leistet namhafte ÖV-Beiträge und sollte doch auch ein Mitbestimmungsrecht betreffend der Buslinien haben. Aus erwähnten Gründen stelle er deshalb den Antrag, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird.

Ernst Burkhardt (SP) spricht sich für eine Abschreibung des Postulates gemäss stadträtlichem Antrag aus. Dies ermöglicht dem Postulanten, einen neuen Vorstoss in einem umfassenderen Zusammenhang einzureichen.

Corinne Ruesch (GL) führt aus, vom Postulanten seien einige wichtige Aspekte erwähnt worden, die durchaus noch zu prüfen wären. Ihre Fraktion spreche sich aber im Unterschied zum Postulanten für einen Ortsbus aus, welcher als echte Alternative ebenfalls geprüft werden sollte. Würde man beispielsweise die Gratis-Parkstunde wieder aufheben, so würden rund 300'000 Franken an zusätzlichen finanziellen Mitteln für eine Anschubfinanzierung von einem Ortsbus zur Verfügung stehen. Nicht nur das Rosenquartier wäre froh über das Angebot eines Ortsbusses. Ihre Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen, damit wieder ein neuer Vorstoss eingereicht werden könnte.

://: Grossmehrheitlich wird dem stadträtlichen Antrag zugestimmt und das Postulat Nr. 2008/198 abgeschrieben.

13. Antrag Stadtrat: Für das Postulat von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Raum für Gewerbe, Jungunternehmer und Kulturschaffende (Nr. 2008/205) wird nicht abgeschrieben.

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2008/205 nicht abgeschrieben wird.

14. Antrag Stadtrat: Das Postulat (ursprüngliche Motion) „Aus Grünabfuhr wird Bio-power“ von Markus Meyer namens der SVP-Fraktion (2008/30a) wird als erledigt abgeschrieben.

Philipp Senn (SP) berichtet, das Postulat von Markus Meyer sei nach den Diskussionen betreffend den Grünabfall-Gebührenerhöhungen und diesbezüglichen Kommunikationsproblemen eingereicht worden. Die Abfallkommission ist danach wieder ins Leben gerufen worden, welcher im Frühjahr 2010 auch ein Entwurf der Postulatsbeantwortung zur Kenntnis gebracht wurde. Es ist für ihn deshalb unverständlich, dass nach dem ersten Anlauf mit der Problematik mangelnder Kommunikation nun das Postulat nicht mit einer separaten Vorlage beantwortet wird, wenn die Postulatsbeantwortung doch schon seit längerer Zeit existent ist. Er stellt deshalb den Antrag, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird.

://: Mit 17 Stimmen wird dem stadträtlichen Antrag zugestimmt und das Postulat Nr. 2008/30a abgeschrieben. Dem Gegenantrag für die Nichtabschreibung des Postulates stimmen 15 Ratsmitglieder zu. Zwei Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

15. Antrag Stadtrat: Für das Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal (Nr. 2009/42) wird nicht abgeschrieben.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt fest, dass das Postulat schon vor längerer Zeit überwiesen wurde und in der stadträtlichen Vorlage lediglich ein Antrag gestellt wird. Dies ohne jegliche Berichterstattung betreffend dem Stand der Dinge sowie dem weiteren Vorgehen. Vom Stadtrat wird innert nützlicher Frist ein Bericht erwartet.

Franz Kaufmann (SP) erinnert an den GPK-Bericht betreffend dem Amtsbericht 2009 und stellt fest, dass auch im Entwicklungsplan kein Betrag für die Tourismusförderung eingestellt ist. Demnach wird auch im nächsten Jahr rein gar nichts passieren. Er stellt den Antrag, dass das Postulat abgeschrieben wird.

://: Grossmehrheitlich stimmt der Rat dem Antrag für die Nicht-Abschreibung des Postulates Nr. 2009/42 zu.

16. Antrag Stadtrat: Das Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirks an die Altstadt (Nr. 2009/46) wird abgeschrieben.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert, auch er könne als Postulant der Abschreibung des Vorstosses zustimmen, da sich bei einigen Punkten Lösungsansätze abzeichnen. Das Problem betreffend der Anbindung ist aber nach wie vor ungelöst, wird aber von der BPK im Zusammenhang mit anderen Projekten untersucht.

://: Dem stadträtlichen Antrag für die Abschreibung des Postulates Nr. 2009/46 wird einstimmig zugestimmt.

17. Antrag Stadtrat: Für das Postulat „Professionelles Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal“ (Nr. 2009/47) von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion wird nicht abgeschrieben.

Zum stadträtlichen Antrag werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, dass das Postulat Nr. 2009/47 nicht abgeschrieben wird.

187 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Finanzierungsbetrag der Stadt Liestal an die Gartenbad-Sanierung der Sport- und Volksbad Gitterli AG (Nr. 2010/106, Nr. 2010/106a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) bemerkt, das Büro habe an seiner letzten Sitzung von der „Petition für die Erhaltung des Schwimmbeckens bei der Sanierung des Gartenbades Liestal“ vom 16. August 2010 sowie vom Antwortschreiben des Verwaltungsrates der Sport- und Volksbad Gitterli AG vom 18. August 2010 an das Petitionskomitee Kenntnis genommen. Seitens Einwohnerrat besteht kein Handlungsbedarf, da die Petition an die Sport- und Volksbad Gitterli AG adressiert ist.

Heinz Lurf (FDP) stellt als Kommissionspräsident den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/106a kurz vor: Die Vorlage Nr. 2010/106 ist der FIKO an der Sitzung vom 20. Mai 2010 überwiesen worden. Unter Punkt 2 des FIKO-Berichtes wird erwähnt, welche finanziellen Beiträge die Stadt Liestal seit der Ausgliederung der Bäder an die Sport- und Volksbad Gitterli AG leistete. An der FIKO-Sitzung vom 1. Juni 2010 wurden verschiedene Fragen der FIKO von einer Delegation der Bäder AG beantwortet, welche unter Punkt 3 des Kommissionsberichtes aufgeführt sind. Nach der FIKO-Sitzung vom 28. Juni 2010 wurde am 4. August 2010 noch ein Augenschein an Ort vorgenommen. Die Fragen der FIKO sowie die Antworten der Bäder AG sind detailliert unter Punkt 5 der Vorlage Nr. 2010/106a aufgeführt. Vom Verantwortlichen des Petitionskomitees habe er die Rückmeldung anfangs Woche erhalten, dass die Anliegen der Petitionäre beim Verwaltungsrat der Bäder AG auf fruchtbaren Boden gestossen seien. Die FIKO beantragt einstimmig dem Einwohnerrat, den Kredit von CHF 1'050'000 an die Gartenbadsanierung zu bewilligen. Abschliessend wird noch festgehalten, dass dem Einwohnerrat gegen Ende dieses Jahres noch eine Vorlage betreffend den künftigen jährlichen Betriebskostenbeiträgen der Stadt Liestal an die Sport- und Volksbad Gitterli AG zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet wird.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) erklärt, das Gartenbad dürfe nicht weiter verlottern, weshalb der Finanzierungsbeitrag der Stadt unterstützt werden sollte. Ein veraltetes Gartenbad führt zu Besucher- und Umsatzrückgängen und schlimmstenfalls droht ein Konkurs mit dem Heimfall einer Ruine an die Einwohnergemeinde. Vom Verwaltungsrat der Bäder AG wird ein Sanierungskonzept mit einem gesunden Augenmass vorgeschlagen. Die Notwendigkeit von Gemeindebeiträgen für Unterhalts- und Sanierungsarbeiten geht aus dem Geschäftsbericht der Bäder AG hervor. Seine Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates und der FIKO zustimmen. Der Finanzierungsbeitrag der Stadt an die Gartenbadsanierung könnte eine Signalwirkung für andere Gemeinden haben, welche mit einem verstärkten Engagement ihr Interesse an einer gemeinsamen zentralen Badeanlage bekunden dürften.

Paul Pfaff (SVP) informiert darüber, dass in seiner Fraktion lediglich der neue Boulevard bzw. der daraus resultierende Platzverlust diskutiert wurde. In der FIKO-Beratung hatte er die Einsparung von 10 % der Kosten thematisiert, doch konnte er dafür keine Mehrheit finden. Die SVP-Fraktion steht zu den Bädern, welche professionell und gut geführt werden. Erfreulicherweise sind auch die Besucherzahlen an einem erträglichen oberen Limit. Das Kreditbegehren wird von seiner Fraktion unterstützt und bestimmt wird die Gartenbadsanierung ein erfreuliches Bauwerk.

Hanspeter Stoll (SP) erklärt, nach dem Grundsatzentscheid im Jahre 2001 betreffend der Ausgliederung der Bäder an die Sport- und Volksbad Gitterli AG habe Liestal jährlich rund 500'000 Franken zuzüglich Baurechtszinsen bezahlt. Vor der Ausgliederung der Bäder hatte die Stadt Liestal jährlich einen Beitrag von rund 1 Mio. bezahlt. Jetzt ist das Bad auch länger offen, das Angebot ist laufend erweitert worden, die Angestellten sind freundlich und unter der Führung von Christoph Leupi wurden einige tolle Projekte realisiert. Die SP-Fraktion wird

auch heute dem Kreditbegehren zu Gunsten der Gartenbadsanierung zustimmen. Nicht ausser Betracht sollte man lassen, dass das Schwimmbad wie früher ein wichtiger Treffpunkt für Jugendliche ist. Auch dem lokale Schwimmverein mit über 160 Aktiven und einem 35%-Anteil an Jugendlichen stehen die Bäder zur Verfügung. Leider können die Sekundarschulen ab Januar 2011 das Bad nicht mehr gratis besuchen, da der Kanton die finanziellen Beiträge nach der Übernahme der Sekundarschule nicht bezahlen wird, welche bis anhin von der Stadt in der Grössenordnung von rund 35'000 – 40'000 Franken übernommen wurden.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, die beiden Bäder in Liestal haben sich etabliert und die Sanierungsbedürftigkeit des Gartenbades ist unbestritten, damit der Treffpunkt für Jung und Alt auch im Sommer aufrecht erhalten werden kann. Die Fragen der FIKO konnten von den Verantwortlichen der Bäder AG zufrieden stellend beantwortet werden. In ihrer Fraktion wurde ebenfalls diskutiert, wie die Nachbargemeinden dazu animiert werden könnten, zusätzliche Betriebsbeiträge zu leisten. Darauf wird man bei der Behandlung der Vorlage für die künftigen Betriebsbeiträge wieder zurückkommen. Leider fällt mit der geplanten Beach-Arena das Kinderbädli weg. Ihre Fraktion wird dem Kreditantrag zustimmen.

Michael Bischof (FDP) erklärt, auch seine Fraktion werde dem Finanzierungsbeitrag der Stadt an die Gartenbadsanierung zustimmen. Man habe auch Vertrauen in die private Trägerschaft, welche das Bad mit Leistungsaufträgen führt. Dies wäre natürlich ohne grössere Beiträge der Stadt und Nachbargemeinden nicht möglich. Auch in anderen Sachen könnte auf eine solche privatwirtschaftliche Lösung hin geschafft werden. Betreffend den Nachbargemeinden-Beiträgen könne er den Vorrednern beipflichten, denn mit kreativen Ansätzen und weicher Motivation bis zu hartem Druck wäre es bestimmt möglich, dass diese zusätzliche Beiträge an die Bäder AG leisten würden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, die Gartenbadsanierung sei nötig und gut. Anregen möchte sie, dass draussen noch mehr Duschen realisiert würden. Betreffend der Sicherheit wäre es wünschenswert, wenn die Badmeister vermehrt präsent wären.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird den Anträgen des Stadtrates und der Finanzkommission (FIKO) zugestimmt und ein Kredit von CHF 1'050'000.-- als Beitrag der Stadt Liestal an die Gartenbadsanierung der Sport- und Volksbad Gitterli AG zulasten der Investitionsrechnung 2010 bewilligt.

188 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Bericht des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Projekt- und Kreditgenehmigung für Bushaltestelle Wasserturmplatz (Nr. 2010/117, Nr. 2010/117b)

Lorenz Rudin (FDP) stellt stellvertretend für den entschuldigten BPK-Präsidenten Matthias Zimmermann den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/117a kurz vor:

Nach Meinung der BPK ist die Vorlage betreffend der neuen Bushaltestelle ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche parlamentarische Mitarbeit bei einem Bauprojekt, wurde doch die BPK bei den Planungsarbeiten involviert. Die Vorgaben an das Stadtbauamt für das Projekt wurden definiert sowie deren Einhaltung überprüft. Zudem wurde in der BPK nach längerer Diskussion einstimmig auch ein Variantenentscheid gefällt. Folgende drei zentrale Anforderungen an das Bauprojekt standen im Vordergrund:

- a) Bei der neuen Bushaltestelle handelt es sich um die zentrale Anbindung vom öffentlichen Verkehr an das Stedtli. Sie wird mittel- bis langfristig die massgebliche Station für den Zu- und Abgang des ÖV zum Stedtli sein. Das wiederum stellt klare Anforderungen an die Aufenthaltsqualität der Bushaltestelle, möchten doch die Besucher vom Stedtli sicher und trocken auf ihren Bus warten.
- b) Die Bushaltestelle stellt den baulichen Abschluss von der Neugestaltung des Wasserturmplatzes bzw. des Törlplatzes dar. Ein Platz, welcher aufgrund seiner zentralen Lage von grossem öffentlichem Interesse ist. Zusätzlich führt der Chienbäse-Umzug an der Bushaltestelle vorbei. Ebenfalls befindet sich beim Platz das Törl als Wahrzeichen von Liestal. Die Bushaltestelle muss optimal an diese Gegebenheiten angepasst sein und darf sie keinesfalls konkurrenzieren.
- c) Realisierung und Betrieb der Bushaltestelle sollen für die Stadt möglichst kostengünstig sein.

Das vorliegende Projekt erfüllt nach Meinung der BPK die erwähnten Anforderungen klar. Die Aufenthaltsqualität stimmt und kann mit der öffentlichen WC-Anlage sowie dem Kiosk gar noch gesteigert werden. Die Bushaltestelle wird langfristig den Anforderungen der ÖV-Benutzer gerecht. Der geplante Baukörper wirkt transparent und passt sich aufgrund seiner Form der Verkehrsführung auf dem Wasserturmplatz an. Der Kiosk-Einbau wirkt sich kostenseitig positiv aus, wird doch dieser Teil der Investitionskosten bereits nach 22 Jahren mit Mietkosteneinnahmen amortisiert. Durch die Refinanzierung der Kiosk-Investitionskosten verbleiben der Stadt langfristig noch die Investitionssumme von rund 200'000 Franken. Der Stadt werden nur zusätzliche Betriebskosten für die Reinigung der WC-Anlagen entstehen. Von der BPK wurde auch die Möglichkeit einer günstigeren Dachvariante geprüft. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat, den Anträgen des Stadtrates zu folgen.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, er bedaure es nach wie vor, dass das geplante Stadtobjekt vom Einwohnerrat verworfen wurde. Erfreulich ist, dass sich die Miteinbezugnahme der BPK-Mitglieder bei der Planung der Bushaltestelle doch gelohnt hat. Der BPK wird für die geleisteten Arbeiten der Dank ausgesprochen.

Michael Bischof (FDP) berichtet, seine Fraktion stehe grundsätzlich hinter dem Projekt. In der Fraktion wurden folgende Fragen thematisiert und Feststellungen gemacht: Nach Aussagen des Architekten würde die Statik des Daches rund 50 Personen aushalten, welche dieses beispielsweise beim Chienbäse besteigen würden. Dies sei auch der Grund dafür, dass kein günstigeres filigraneres Dach geplant ist, sondern man einer Betonkonstruktion den Vorzug gibt. Die WC-Anlage ist zwar richtig platziert und dient sicher den umliegenden Läden und Cafés. Die öffentlichen WC-Anlagen in der Allee und beim Elefantentor sind meist wegen Vandalenakten und Defekten geschlossen. Bei der WC-Anlage bei der Bushaltestelle könnte man diesbezüglich entgegenwirken, indem man den Kioskbetreiber mit der Bewirtschaftung der WC-Anlage beauftragen würde, wie dies im In- und Ausland vielfach schon praktiziert wird.

Die FDP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, dass die WC-Anlage umkonzipiert wird, indem die WC-Anlage vom Kiosk her zugänglich gemacht wird und durch den Kioskmieter mit einem Leistungsauftrag betrieben würde. Natürlich wäre die WC-Anlage nur während der Kiosköffnungszeiten offen, doch würde diese während den Öffnungszeiten gut unterhalten. Die Stadt könnte damit Unterhaltsarbeiten sowie Kosten sparen.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, dass seine Fraktion die Anträge des Stadtrates und der BPK grossmehrheitlich auch unterstützen werde. Gebrannt von den Ereignissen bei der Poststrasse möchte man den Hinweis machen, dass Konflikte im vorderen Teil des Platzes in Richtung Café Mühleisen schon wieder vorprogrammiert sind. Noch bevor die bereits aufgestellten Betonelemente bepflanzt werden, bekunden die Buschauffeure Mühe mit dem Radius rund um das Café Mühleisen. Der Stadtrat wird gebeten, den Radius der betreffenden Kurve nochmals zu überprüfen, damit es nicht nochmals zu einem Schlamassel kommt.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, in Liestal laufe es erfreulich gut betreffend dem Wasserturmplatz. Betreffend dem Bushaltestellen-Dach mache er auf die aktuellen Probleme beim Flachdach des KKL in Luzern aufmerksam, welches wegen der fehlenden Neigung bzw. der Oberflächenspannungen für viel Geld repariert werden muss. Die Betonkonstruktion bei der Bushaltestelle Wasserturmplatz ist nicht wegen möglicher Lausbubenbesteigungen, sondern auch wegen der Schneelast nötig. Die stadträtliche Vorlage ist ein guter Kompromiss und bereits von der BPK einstimmig unterstützt worden. Die Finanzen stimmen auch, berücksichtigt man, dass über 2/3 der Investitionskosten vom Kioskbetreiber finanziert werden. Einzelne seiner Fraktionsmitglieder finden es nach wie vor schade, dass das Stadtbaubjekt abgelehnt wurde und damit die Chance verpasst wurde, in Liestal einmal etwas Bemerkenswertes realisieren zu können, was auch die Aufmerksamkeit auf sich ziehen würde. Die neue Bushaltestelle am Wasserturmplatz wird aber ebenfalls attraktiv sein und den verschiedenen Ansprüchen gerecht werden. In Erwartung, dass man im nächsten Frühling ein Wasserturmplatz-Einweihungsfest feiern kann, wird den Anträgen zugestimmt.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit bei der Planung der neuen Bushaltestelle, welche vom Stadtbauamt zusammen mit dem Architekten und den BPK-Mitgliedern Schritt für Schritt erarbeitet wurde. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Franz Kaufmann (SP) bemerkt, der Vorwurf von Michael Bischof betreffend der fehlenden Kreativität der BPK ist unberechtigt, zeichnet doch dafür der damit beauftragte Architekt verantwortlich. Aufgabe der BPK ist es lediglich, das vorgelegte Projekt zu überprüfen. Der FDP-Antrag ist bereits in der BPK diskutiert worden. Er findet es nicht sinnvoll, dass eine öffentliche WC-Anlage nur während den Kiosköffnungszeiten benützt werden kann, weshalb der Antrag der FDP-Fraktion auch nicht unterstützt werden sollte.

Pascal Porchet (FDP) zitiert die im BPK-Bericht erwähnte Frage „Sind die Kosten nicht doch etwas zu hoch? (Honorare)“ mit zugehörigen Antworten. Die aufgeführten Argumente stimmen für ihn nicht. Man soll doch ehrlich sagen, dass der Bau teuer ist, zentrumsnah ist, dieser Aufmerksamkeit erregen soll usw. Man sollte nicht probieren, mit den im BPK-Bericht erwähnten Argumenten den Bau nun günstiger machen zu wollen. Das Votum und die Bedenken von Hanspeter Meyer betreffend der Verkehrsführung bzw. Problematik für die Busse könne er unterstützen. Diesbezügliche Abklärungen durch den Stadtrat sind unbedingt nötig, denn beim Wasserturmplatz können nicht wie bei der Poststrasse nachträglich noch Bäume zur Problemlösung versetzt werden. Bezüglich der WC-Anlage vertrete er die Meinung, dass eine solche nicht immer offen sein muss, primär sollte sie hingegen sauber sein.

Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass der Einwohnerrat vor zwei Monaten die Vorlage Nr. 2010/117 an die BPK überwiesen hatte. Ausser dem Zeitverlust von zwei Wochen habe man gar nichts gewonnen.

Corinne Ruesch (GL) führt bezüglich der öffentlichen WC-Anlage aus, dass sie schon im Stedtli gewohnt und dabei oftmals das öffentliche Urinieren beobachtet habe. Mit dem Bau der öffentlichen Toilette dürften solche Vorfälle hoffentlich weniger eintreffen.

Paul Pfaff (SVP) erklärt, die Planunterlagen zur Vorlage seien sehr dürftig und ohne Massangaben nur wenig oder gar nicht brauchbar. Eine Prüfung sowie Entscheidungsfindung ist deshalb schwierig. Der FIKO werden Unterlagen mit genauen Angaben und Fakten geliefert, weshalb ist dies bei Vorlagen für die BPK nicht auch möglich? Vielleicht wären beispielsweise auch bei der Poststrasse einige Fehler sehr viel früher erkannt worden, hätte man Detailangaben und –unterlagen erhalten.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) merkt an, dass sowohl den FIKO-Mitgliedern als auch den BPK-Mitgliedern bei der Beratung einer Vorlage zusätzliche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, welche nicht dem Gesamt-Einwohnerrat bekannt gemacht werden. Das vorherige Votum finde er deshalb etwas fragwürdig.

Hanspeter Zumsteg (GL) möchte appellieren, dass man der BPK etwas mehr Wertschätzung entgegen bringe. Er finde es schon komisch, dass nicht ein einziges BPK-Mitglied an der heutigen Sitzung noch Fragen zum Geschäft stellt, nachdem die BPK dem Projekt und dem Kredit einstimmig zugestimmt hatte. Nach der klaren BPK-Botschaft sollte es deshalb wohl kaum nötig sein, dass sich der Rat an der heutigen Sitzung noch mit Detailfragen betreffend Massangaben usw. befassen muss.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf die verschiedenen Voten und möchte zu einzelnen Fragen sowie Empfehlung kurz eine Antwort geben. Der Vorschlag für den Betrieb und Unterhalt der WC-Anlage durch den Kioskbetreiber ist durchaus prüfenswert. Die Varianten Stahl oder Beton betreffend dem Bushaltestellen-Dach sind vom Stadtbauamt mit verschiedenen Spezialisten und Sachverständigen geprüft worden. Die Vorteile bezüglich der Statik und der Kosten hatten den Ausschlag für die Beton-Variante gegeben. Von der AAGL ist bestätigt worden, dass die Schleppkurven beim Wasserturmplatz genügen. Zu beachten ist ebenfalls, dass ab Dezember 2010 die Busse nicht mehr über die Büchelstrasse, sondern über die Poststrasse zum Bahnhof fahren werden. Einige Schleppkurven beim Wasserturmplatz wurden bereits gestreckt. Nach der Schwieri-Kurve wurden beim Wasserturmplatz einige Parkplätze weiter nach oben verschoben. Ausblickend kann berichtet werden, dass von den KMU Liestal am 18. September 2010 bereits der Wasserturmplatz eingeweiht wird. Die Belagsarbeiten bei der Bushaltestelle sind so ausgeführt worden, dass der spätere Einbau der Fundamente ohne grossen Aufwand möglich ist. Ebenfalls werden zwei Bäume erst später gepflanzt, damit diese Plätze noch für die Bauplatzinstallation gebraucht werden können. Mit den Bauarbeiten wird nach der Fasnacht im März 2011 begonnen, so dass diese noch im Frühling abgeschlossen werden können.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, dass die neue Verkehrsführung über den Wasserturmplatz von den Buschauffeuren als grosser Blödsinn bezeichnet wird. Der Stadtrat sollte sich deshalb eine weitere Schmach ersparen und den Aussagen der Busfahrer vielleicht mehr Glauben schenken und Testversuche machen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion betreffend dem Betrieb der WC-Anlage durch den Kiosk-Mieter wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen wird den Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission (BPK) zugestimmt: Das Projekt wird genehmigt und der Kredit von CHF 650'000.-- für die neue Bushaltestelle Wasserturmplatz bewilligt.

189 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Fragestunde

1. Frage / Erika Eichenberger (GL) betr. Ausbaupläne der Zollschule

Bei den Diskussionen um das Pumpwerk Gitterli war die Rede von Ausbauplänen der Zollschule. Gibt es Neuigkeiten zum Stand des Bauvorhabens der Zollschule?

Stadtrat Marion Schafroth: Im Rahmen eines Sparprogrammes des Bundes wurde das Projekt vorerst zurückgestellt. Genaueres sollte bis Ende 2010 zu erfahren sein.

2. Frage / Erika Eichenberger (GL) betr. Gratisbereich bei Veloparking am Bahnhof

Im neuen Gratisbereich vom Veloparking am Bahnhof gibt es Engpässe. Welche Lösungsideen bestehen und wann werden diese umgesetzt?

Stadtrat Ruedi Riesen: Es gibt tatsächlich Engpässe, doch soll der Postplatz frei bleiben. Zusammen mit den SBB und dem Kanton werden zusätzliche Veloparkplatz-Standorte bei den Projekten Emma Herwegh-Platz sowie Wiedenhubstrasse geprüft.

3. Frage / Corinne Ruesch (GL) betr. Hochwasserschutz Frenke/Ergolz, Pumpwerk Gitterli

Beeinflusst die Verbauung zum Hochwasserschutz, die bei der Mündung Frenke/Ergolz gebaut wurde, die Trinkwassererfassung des Pumpwerks Gitterli?

Stadträtin Marion Schafroth: Nein. Sowohl die Modellrechnungen wie auch die Versuche mit eingefärbtem Wasser zeigten, dass dies nicht der Fall ist. Das Bauwerk selbst beeinflusst das Pumpwerk ebenfalls nicht.

4. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Bepflanzung Wasserturmplatz

Für die Bepflanzung auf dem Wasserturmplatz soll beim Café Wassertürmli eine Buchshecke geplant sein. Die Buchspflanzen sind zurzeit durch den Buchsbaumzünsler akut gefährdet und müssen mehrmals mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden. Das ist mitten im Siedlungsgebiet und in unmittelbarer Nachbarschaft eines Cafés doch eher problematisch. Frage: Will der Stadtrat dieses Bepflanzungskonzept und insbesondere die Buchshecke nicht nochmals überdenken?

Stadtrat Ruedi Riesen: Der Buchsbaumzünsler ist tatsächlich einmarschiert, was man bei der Planung noch nicht wissen konnte. Das Bepflanzungskonzept wird vom Stadtbauamt nochmals überprüft.

5. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Buchs am Schleifenberg

Der Buchsbestand am Schleifenberg ist durch den Buchsbaumzünsler stark gefährdet. Die Buchspflanzen im Unterwuchs des Schleifenberges haben auch eine Funktion als Hangbefestigung und als Sicherung gegen Steinschlag. Das Verschwinden des Buchsbestandes könnte also durchaus schwerwiegende Folgen haben. Frage: Ist sich der Stadtrat dieser Gefahr bewusst und bestehen diesbezüglich Kontakte mit der Bürgergemeinde?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Stadtgärtnerei ist sich der möglichen Gefahr bewusst und hat mit der Bürgergemeinde Kontakt aufgenommen. Der Buchs ist vom Buchsbaumzünsler noch nicht befallen. Sollten die Buchspflanzen aber doch noch befallen werden, würden mögliche Massnahmen zusammen mit der Bürgergemeinde geprüft.

6. Frage / Franz Kaufmann (SP) betr. Fuchsbandwurm

Man sieht immer mehr Füchse im Siedlungsgebiet und man geht davon aus, dass die meisten davon vom Fuchsbandwurm befallen sind. Eine Übertragung auf den Menschen sei zwar selten. Ist die Bevölkerung über die Gefahren ausreichend informiert und sollte sich der Stadtrat nicht überlegen, ob eine Impfung der Füchse vorgenommen werden sollte?

Stadträtin Marion Schafroth: Gemäss Kantonstierarzt Dr. Ignaz Bloch kann man davon ausgehen, dass rund 40 Prozent der Füchse befallen sind. Die Übertragungsgefahr auf Menschen ist klein und eine Impfung der Füchse gegen Fuchsbandwurm ist nicht möglich. Spezielle Informationen sind nicht nötig.

7. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Wasserqualität in Hölstein

Der erste Teil seiner Frage ist eingangs der heutigen Sitzung bereits von Stadträtin Marion Schafroth beantwortet worden. Noch genauer wissen möchte er, wie häufig und wie genau das Wasser geprüft wurde.

Stadträtin Marion Schafroth: Das Wasser wird mindestens ein Mal pro Monat in einem regulären Zyklus geprüft. Bei bestimmten Ereignissen wie beispielsweise heftige Regengüsse nach einer Trockenperiode werden nach Bedarf noch zusätzliche Wasserproben entnommen.

8. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Abrechnung „Tour de Suisse“

Wann liegt die Kostenabrechnung zum Tour de Suisse-Anlass in Liestal vor und mit welchen Zusatzkosten hat die Stadt zu rechnen?

Stadtrat Lukas Ott: Es liegt eine provisorische Schlussabrechnung vor und es ist mit einem Defizit von rund 20' – 25'000 Franken zu rechnen. Der Stadtrat ist mit den Organisatoren der Tour de Suisse übereingekommen, dass nebst dem bereits gesprochenen Gemeindebeitrag von 30'000 Franken keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

9. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betr. Gebäudedaten-Erhebung

Warum müssen Daten, die im Katasterverzeichnis vorhanden sein sollten, nochmals bei den Eigentümern erhoben werden und wie wird sichergestellt, dass ein Sachverhalt nur an einer Stelle erfasst wird?

Stadtrat Peter Rohrbach: Das Katasterverzeichnis ist verlinkt mit der Gebäudeversicherung. Der Fokus beim Katasterverzeichnis ist auf die Eigentümer fokussiert. Im Rahmen der Registerharmonisierung wird ein Objektverzeichnis geführt. Bei den diesbezüglich laufenden Erhebungen wird jedem Einwohner eine Wohnungsnummer zugeordnet und die Anzahl Zimmer, die Fläche des Wohnraumes etc. erhoben. Die laufenden Datenerhebungen sind vom Bund vorgeschrieben. Die Erhebungen werden bei allen Einwohnern gemacht, unabhängig davon, ob sie Grundeigentümer sind oder nicht.

10. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Velostreifen bei Abfahrt H 2

Zur Sicherheit der Radfahrer wäre beim Teilstück „Abfahrt H 2 entlang des Hallenbades bis zur Einmündung Rosenstrasse“ ein Velostreifen sehr sinnvoll. Könnte dies realisiert werden?

Stadtrat Ruedi Riesen: Im letzten Jahr wurde in Liestal eine Schwachstellenanalyse über die Velowege durchgeführt und das Konzept auch im Einwohnerrat behandelt und beschlossen. Das genannte Strassenstück entlang des Hallenbades wurde dabei nicht als Schwachstelle ermittelt, da die Einbahnstrasse auch für die Velofahrer genügend breit ist und es sehr wenig Veloverkehr auf diesem Abschnitt hat. Die Realisierung eines Velostreifens ist deshalb nicht nötig.

11. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Veloabstellplatz für Post-/SBB-Kunden

Wie die Praxis zeigt, ist die Situation für das Abstellen der Velos, um schnell zur Post zu gehen oder aber auch für Bahnbenützer, die ihr Velo gratis abstellen möchten, unbefriedigend gelöst. Plant man hier eine bessere, kundenfreundlichere Lösung?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Situation ist mit der Post, den SBB sowie dem Palazzo besprochen worden. Es besteht kein Handlungsbedarf, da beispielsweise der Veloständer vor der Post nur für kurze Zeit von den Postkunden und nicht von Dauerparkierern benutzt wird. Es funktioniert und der Stadt sind diesbezüglich auch keine Reklamationen bekannt.

12. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) betr. Velosituation Poststrasse

Die Situation für Velofahrer in der Poststrasse ist sehr gefährlich. Wäre ein durchgezogener Strich entlang der Poststrasse für die Velofahrer trotz Begegnungszone denkbar?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Signalisierung ist mit dem Tiefbauamt abgesprochen worden. Grundsätzlich werden in Begegnungszonen keine Leitlinien und Markierungen mit Ausnahme von „Tempo 20“ angebracht. Zusätzliche Bodenmarkierungen für Behinderte bzw. Blinde werden noch abgeklärt. Erfahrungen in anderen Begegnungszonen zeigen, dass diese nach einer Angewöhnungszeit länger und mehr ruhiger sowie sicherer werden. Die neue Situation an der Poststrasse muss beobachtet und gegebenenfalls gehandelt werden.

13. Frage / Adrian Mächler (FDP) betr. Baustelle Talacher-/Burgunderstrasse

An der Talacher- und Burgunderstrasse wird seit anfangs Jahr gebaut. Seit Wochen geht auf diesen Baustellen nicht mehr viel. Gemäss Baustellenpublikation musste das Ende der Bauarbeiten von Ende Juli auf Ende August verschoben werden. Heute hatte man nun die Mitteilung erhalten, dass sich die Bauarbeiten bis Ende November verzögern. Wurde ein verbindlicher Terminplan mit dem Unternehmer vereinbart?

Stadtrat Ruedi Riesen: Gegenüber den Anstössern wurde immer eine Bauzeit bis Ende 2010 kommuniziert. Die Arbeiten sollten im Verlaufe des November 2010 abgeschlossen sein.

14. Frage / Andreas Lirgg (SVP) betr. Projekt „Fürio“

Wie ist der derzeitige Stand in Sachen Projekt „Fürio“?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Projektleitung stellte am 15. Juni 2010 die Resultate des Projektes Fürio dem Stadtrat vor. Der Stadtrat erteilte daraufhin Zusatzaufträge, an denen momentan gearbeitet wird. Der Stadtrat wird beim derzeitigen Projektstand voraussichtlich noch vor den Herbstferien über die Resultate der Zusatzaufträge orientiert, worauf er die notwendigen Entscheidungen treffen wird.

15. Frage / Lorenz Rudin (FDP) betr. Verkauf Softgetränke und Backwaren durch Velostation

Seit kurzem verkauft die Velostation Softgetränke und Backwaren an einem portablen Stand neben dem Eingangscontainer der Velostation. Mit diesem Verkaufsstand steht die Velostation in direkter Konkurrenz zu privat-wirtschaftlichen Unternehmen im gleichen Einzugsgebiet. Aus diesem Grund gilt meiner Meinung sicherzustellen, dass keine wettbewerbsverzerrende Situation entsteht. Woher stammen die Produkte welche an diesem Verkaufsstand verkauft werden? Werden diese zu marktüblichen Preisen verkauft?

Stadtrat Lukas Ott: Das etablierte Gewerbe von Liestal wird nicht konkurrenziert. Es handelt sich um eine Zusammenarbeit der Velostation mit der Bäckerei Ziegler, welche den Verkaufsstand und die Backwaren zur Verfügung stellt. Die Backwaren werden von der Velostation in Kommission zu marktüblichen Preisen verkauft.

16. Frage / Lorenz Rudin (FDP) betr. Markierung Tempo 30-Zone Wiedenhubstr./Spitalstr.

Am Sonntag habe ich festgestellt, dass auf Höhe Spitalgärtnerei in der Wiedenhubstrasse die 30er-Zone mit einer Verkehrstafel aufgehoben wird. Nach der Weiterfahrt über die Kreuzung Wiedenhubstrasse/Spitalstrasse in Richtung Schauenburgerstrasse stellte ich plötzlich aufgrund einer Bodenmarkierung fest, dass ich mich erneut in einer 30er-Zone befinde. Ist sich der Stadtrat dieser irreführenden Markierung bewusst? Wann wird die Signalisation korrigiert bzw. die 30er-Aufhebungstafel bei der Spitalgärtnerei entfernt?

Stadtrat Ruedi Riesen: Es handelt sich um ein Provisorium und gemäss heutiger Besprechung beim Stadtbauamt werden die Markierungen verbessert. Die Markierungsarbeiten in der Tempo 30-Zone Schauenburg sollten ab 1. September abgeschlossen sein.

17. Frage / Pascal Porchet (FDP) betr. Busverkehr bei Bushaltestelle Wasserturmplatz

Er möchte sein Vertrauen in die Verkehrsplaner etwas festigen, weshalb er folgende Frage beantwortet haben möchte: Ist die Schlepplinie im Bereich der neuen Bushaltestelle auf dem Wasserturmplatz für den Busverkehr korrekt ermittelt worden und gross genug?

Stadtrat Ruedi Riesen: Nach den gemachten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Poststrasse sei man natürlich noch vorsichtig geworden. Nach einer nochmaligen Überprüfung wurde die Linie geglättet und sollte nun in Ordnung sein.

18. Frage / Pascal Porchet (FDP) betr. Lichtsignalanlage bei Poststrasse

Die schriftlich eingereichte Frage ist im Zusammenhang mit der Behandlung des dringlichen Vorstosses betreffend der „Poststrasse“ eingangs der heutigen Sitzung bereits vom Stadtrat beantwortet worden.

19. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) betr. Beeinträchtigung Strassenbeleuchtung/-verkehr

An verschiedenen Stellen in Liestal werden die Beleuchtungen sowie Verkehrsschilder durch übermässig wuchernde Bäume und Büsche beeinträchtigt, was sehr gefährlich sein kann. Ist diese Situation dem Stadtrat bekannt? Will er Abhilfe schaffen?

Stadtrat Marion Schafroth: Das Thema ist bekannt und immer wieder aktuell. Kontrollgänge sowie Aufforderungen von Liegenschaftseigentümern zum Zurückschneiden von Bäumen und Sträuchern sind eine Daueraufgabe der Werkhof-Mitarbeiter. Im „Liestal aktuell“ erscheint jeweils im Oktober eine entsprechende Information. Bei Hinweisen aus der Bevölkerung wird das Problem ebenfalls behoben.

20. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) betr. Warmwasser im Hallenbad

Viele ältere Leute gehen nicht mehr ins Hallenbad, weil das Wasser zu kalt ist und sie mit gesundheitlichen Problemen konfrontiert werden. Ist das dem Stadtrat bekannt und kann man dagegen etwas unternehmen oder ist es eine Frage des Energieverbrauchs?

Stadtrat Lukas Ott: Es kann durchaus sein, dass jemand aus seinem subjektiven Empfinden heraus das Wasser zu kalt finde. Objektiv trifft dies aber sicher nicht zu, denn das Schwimmbecken hat permanent 27,1°, das Nichtschwimmerbecken 32 – 34°, das Aussenwarmwasserbecken 34°. Diese Temperaturen entsprechen einem allgemeinen Standard, welche auch in anderen Bädern zur Anwendung kommen. Weder dem Stadtrat noch der Leitung der Bäder sind diesbezügliche Reklamationen bekannt.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Jürg Holinger

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann